

# BAG korrigiert: Meiste Ansteckungen in Familie, nicht Clubs

Die meisten Coronavirus-Ansteckungen gibt es im familiären Umfeld, nicht in Ausgehlokalen, Clubs und Discos, wie es aus dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) noch am Freitag hiess. Am Sonntagabend korrigierte sich das BAG: die Daten seien falsch zugeordnet worden.

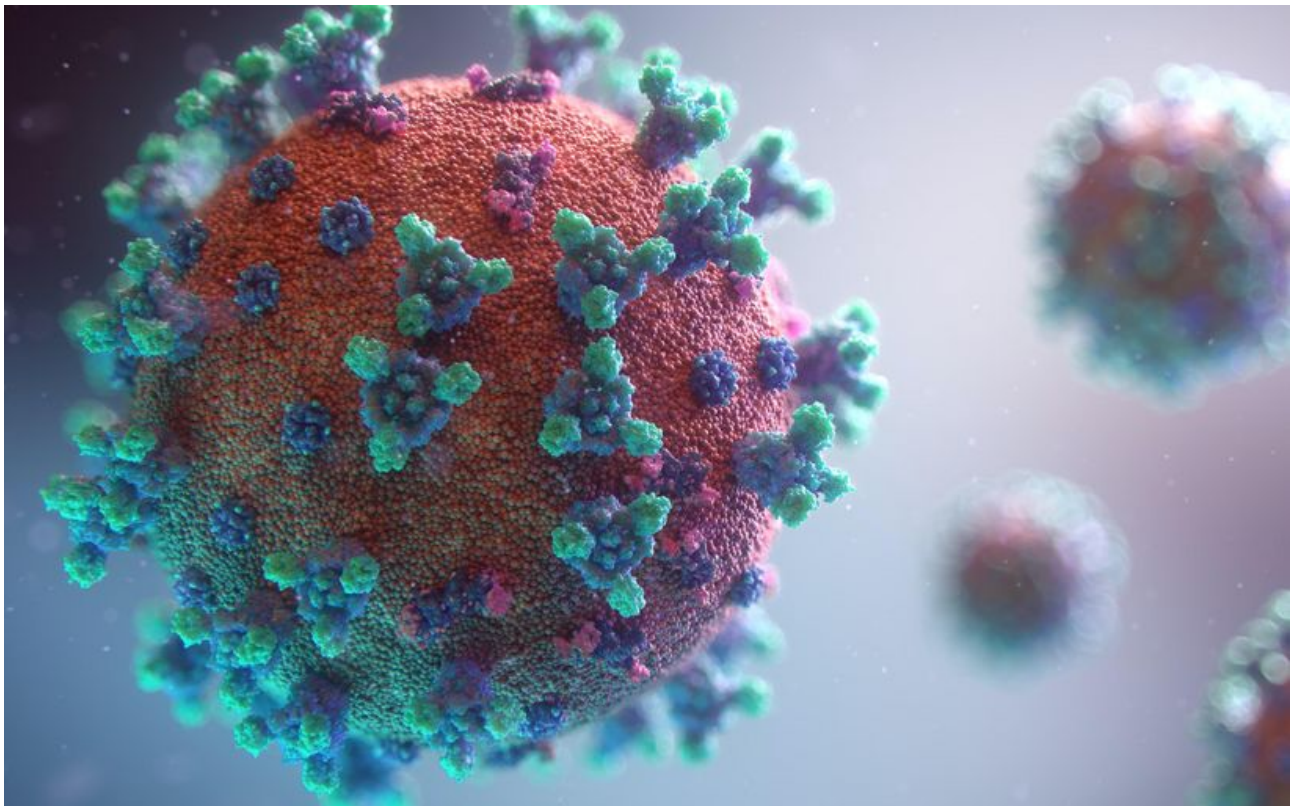


Bild: Fuison Medical Animation / Unsplash

Es zeigte sich, dass gemäss den klinischen Meldeformularen, die dem BAG durch Ärztinnen und Ärzte zugestellt wurden, die meisten Ansteckungen im familiären Umfeld (27,2 Prozent) geschehen, gefolgt vom Arbeitsplatz (8,7 Prozent) und privaten Festen (3 Prozent). Ausgehlokale machen einen einstelligen Prozentsatz aus, konkret lediglich 1,9 Prozent, Bars und Restaurants nur gerade 1,6 Prozent.

Allerdings warnt das BAG in seiner Mitteilung vom Sonntagabend:  
«Infektionsereignisse in Clubs können zu einer hohen Zahl Infizierter führen sowie zu einer noch höheren Zahl von Menschen, die sich in Quarantäne begeben müssen.»

Die kantonalen Systeme zur Kontaktverfolgung würden durch solche Ereignisse besonders gefordert und belastet. Es sei also von zentraler Bedeutung das Risiko von Übertragungen gerade in solchen Umgebungen so gering wie möglich zu halten.

Ausgewiesen wird laut dem BAG in seiner Tabelle die Art der Exposition. Die total 793 Meldungen dazu seien zwischen dem 16. Juli und dem 1. August im BAG eingetroffen und von den Ärztinnen und Ärzten über das klinische Meldeformular an das BAG gesendet worden.

### **Kopfschütteln bei Politikern**

«Was wird uns das BAG morgen erzählen?», reagierte die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin am Sonntagabend auf Twitter. «Nach Maskengeschichten...nun diese 'Richtigstellung'. Oh je!»

Mit «Peinlich peinlich...», hatte Grüne-Schweiz-Parteichef Balthasar Glättli als Erster ein Kopfschütteln über das BAG getwittert. Er sei froh, habe er sich nicht «aufgrund völlig falsch zugeordneter Zahlen in eine hitzige inhaltliche Debatte eingemischt».

Eigentlich tue es der Politik ja gut, «evidenzbasiert zu arbeiten», so Glättli weiter. Umso mehr werde es aber «zum echten Problem, wenn Zahlen aus der Bundesverwaltung in relevanten Bereichen immer wieder falsch sind». (sda)

Publiziert am Montag, 03. August 2020